Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Rade-ormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 262 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe (34 mm breit) 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 40 Reichspfennig. — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto. — | Halver Montag, den 7. November | Erscheint wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild", „Des Landmanns Sonntagsblatt", „Herd u. Scholle". — „Für unsere Frauen" und „Spiel und Sport". — | 1927

Die Denkschrift des Reparationsagenten

Parker Gilberts Eingreifen.

Veröffentlichung der Dokumente.

Das Geheimnis ist gelüftet. Die seit Wochen durch die deutsche Innenpolitik spukende Denkschrift des Generalagenten für Reparationszahlungen Parker Gilbert ist veröffentlicht worden. Man hat eingesehen, daß die im Anfang anscheinend beabsichtigte Geheimhaltung schädlicher gewirkt hat als die offene Bekanntgabe, die vielleicht sofort hätte erfolgen sollen, um den zahllosen Legendenbildungen und den dadurch bedingten Hindernissen im Fortgang der Gesetzgebungsarbeiten den Boden abzugraben. Die große Unsicherheit, die sich namentlich in bezug auf die Besoldungsreform für die Beamten und das Verhältnis des Reiches zu den Ländern entwickelt hat, wäre vermieden worden oder zumindestens nicht so stark in die Erscheinung getreten, als es nun doch der Fall gewesen ist. In einem Schreiben vom 20. Oktober kündigt der Generalagent für die Reparationszahlungen dem Reichsminister der Finanzen, Dr. Köhler, die gleichzeitige Übersendung an und bemerkt dabei, daß er sein Memorandum für die deutsche Regierung zu dem Zwecke ausgearbeitet hätte, um die Aufmerksamkeit auf die derzeitigen Tendenzen des öffentlichen Finanzwesens, der Kreditpolitik und auf die Gefahren hinzulenken, welche diese für die deutsche Wirtschaft sowohl wie für die Durchführung des Dawes-Planes heraufzubeschwören schienen. Die Denkschrift wurde auch an den Reichskanzler und an den Reichsaußenminister versandt. Parker Gilbert erklärt sich bereit, jederzeit weitere persönliche Besprechungen abzuhalten.

Die Denkschrift Parker Gilberts.

Der Reparationsagent sagt zunächst, er habe den Gesichtspunkt festgehalten, daß das, was im Interesse der deutschen Wirtschaft liege, gleichfalls das Interesse zur Ausführung des Dawes-Planes sei. Dann werden folgende Gedanken entwickelt:

„Ich möchte annehmen, daß das allgemeine Ziel Deutschlands wie auch anderer moderner Industriestaaten die fortlaufende Entwicklung der Industrie und des Handels, und zwar sowohl des inneren wie des äußeren ist, um den Lebenshaltungsstandard seiner Bevölkerung stufenweise zu heben. Dafür scheint die günstige innere Vorbedingung in der ständigen Verbilligung der Erzeugung zu liegen, begleitet von derjenigen Steigerung der Löhne, die die Verbilligung der Erzeugung gestattet und die weder die Preise noch die Kosten der Lebenshaltung in die Höhe treibt."

Der Reparationsagent erklärt zu diesem Zweck für notwendig den gleichmäßigen Zustrom neuen Kapitals durch heimische Ersparnisse oder Kredite im Ausland. Die deutsche Regierung habe ihre feststehende Politik so charakterisiert, daß sie zur Erfüllung der von ihr übernommenen Verpflichtungen alles in ihrer Macht Stehende tun werde. Neuerdings schienen Entwicklungen, wie sie auf dem Gebiet des öffentlichen Finanzwesens vor sich gegangen seien, weder im Interesse des deutschen Wirtschaftslebens, noch in dem der Durchführung des Dawes-Plans zu liegen.

Es seien ständig sich erweiternde Programme für Ausgaben und Anleihen unter nur geringer Berücksichtigung der finanziellen Auswirkungen aufgestellt worden. Das steigende Niveau der öffentlichen Ausgaben gäbe dem Wirtschaftsleben schon jetzt einen künstlichen Auftrieb und drohe, die wesentliche Stabilität des öffentlichen Finanzwesens zu untergraben.

Das Anhalten dieser Tendenz bedeute, daß die Folgen in ernsthaftem wirtschaftlichen Rückschlag und einer heftigen Erschütterung des deutschen Kredits im In- und Auslande bestehen würden. Es müsse also statt der bisherigen Gepflogenheit ein System strikter Sparsamkeit und geordneter öffentlicher Finanzen zur Anwendung gebracht werden.

Die Finanzpolitik des Reiches.

Parker Gilbert erinnert daran, daß er schon früher, z. B. am 10. Juni 1927, darauf hingewiesen habe, daß der Reichshaushalt eine fortdauernde Steigerung der Ausgaben aufweise. Im Dezember 1926 habe der Reichstag einen Nachtragsetat für 1926/27 bewilligt, der den Ausgabeposten ungefähr 1000 Millionen Reichsmark hinzufüge. Es werden dafür noch weitere Belege angeführt, auch Aussprüche der Reichsminister der Finanzen, die auf die Notwendigkeit der Sparsamkeit hinwiesen. Trotzdem sei der Etat für 1927/28 um Ermächtigungen zu Ausgaben von 600 Millionen Reichsmark erhöht worden. Von 1925/26 bis 1927 habe sich

der Etat um 1700 Millionen Reichsmark erhöht.

Der endgültige Finanzausgleich zwischen dem Reich einerseits und den Ländern und Gemeinden andererseits sei um zwei Jahre hinausgeschoben worden. Schon am 17. März 1927 habe der Reparationsagent durch einen Brief an den Reichsminister der Finanzen auf die entstandenen Bedenken hingewiesen, und zwar nicht allein für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft. Der gegenwärtige Finanzausgleich zwischen dem Reich einerseits und den Ländern und Gemeinden andererseits kann nicht als eine vorausschauende Regelung für das Reich angesehen werden. Er biete vielmehr Anlaß zu Einwendungen fundamentaler Art.

Die Länder und Gemeinden erhalten zurzeit vom Reich größere Zahlungen als je zuvor und werden aus allen erhöhten Einkünften den Hauptnutzen ziehen. Gleichzeitig scheine die Verantwortung einerseits für die Steuererhebung und andererseits für die öffentlichen Ausgaben immer unklarer zu werden. Länder und Gemeinden treten mit neuen Forderungen auf noch größere Zahlungen an das Reich heran und dieses habe die Verwirrung noch erhöht, indem es neue Vorschläge mache, welche die Etats der Länder und Gemeinden weiter erhöhen.

So wurde die Erhöhung der Beamtenbezüge akut, und als der Reichstag sich im Juli vertagte, verlautete, daß Erhöhungen um etwa 10 % bei ihnen bevorständen. Im September 1927 jedoch kündigte der Reichsminister der Finanzen in Magdeburg an, er habe eine beträchtliche Steigerung in dem ursprünglich beabsichtigten Satze in Vorschlag gebracht und das Reichskabinett habe sie genehmigt. Der Reparationsagent geht im einzelnen den Berechnungen nach und kommt zu dem Schluß, daß die Gesamtkosten auf etwa 1200 bis 1500 Millionen Mark berechnet werden und daß die Länder erklären, diese Kosten nicht tragen zu können und deshalb Zuschüsse vom Reich fordern. Parker Gilbert will sich keine Meinung gestatten über das Für und Wider der Vorschläge auf Gehaltserhöhung der Beamten, ist aber der Meinung, die Reichsregierung hätte ihren eigenen Interessen besser dienen können, wenn sie solche wesentlichen Erhöhungen als Werkzeug zur sicheren Erzielung derjenigen

Reformen der Verwaltung

benutzt hätte, die während der letzten zwei oder drei Jahre so vielfach angekündigt worden seien. Dazu sei es möglicherweise jetzt noch nicht zu spät. Wenn es auch bisher den Anschein habe, als wenn die Erhöhungen der Verwaltungsreform eher hinderlich als förderlich zu werden drohten.

Außerdem brächten die Vorschläge zur Entschädigung deutscher Staatsangehöriger für Verluste oder Schäden am Privatvermögen durch den Krieg und andererseits die Vorlage eines allgemeinen Reichsschulgesetzes die Aussichten auf weitere Erhöhung der Ausgaben die man bei den Liquidationsschäden vielleicht auf 1000 Millionen Mark beziffern könne, während beim Schulgesetz noch kein Kostenanschlag vorliege und man sich auch um die finanziellen Auswirkungen nicht gekümmert habe. Ernste Besorgnisse in dieser Richtung würden ja selbst in Deutschland genügend laut.

Jedenfalls lägen in allen diesen Erscheinungen Momente, die die Stabilität des Reichsetats gefährden, zumal man steigenden Reparationsverpflichtungen nachzukommen haben werde.

Ein ungesundes öffentliches Finanzwesen

sei herrschend, das Geld, das für die Landwirtschaft und für die Industrie dringend benötigt werde, würde durch Ausgaben verschlungen, die anscheinend ohne Rücksicht auf den von Deutschland erlittenen Verlust an flüssigen Kapitalien und auf die dringende Notwendigkeit zur Neuschaffung dieses Kapitals mit Hilfe von Sparsamkeit und Vorsicht beim Geldausgeben übernommen wurden. Die infolge dieser Verhältnisse gesteigerten Produktionskosten, Preise und erhöhten Kosten der Lebenshaltung seien zu beklagen.

Finanzwesen der Länder und Gemeinden.

Über die Finanzlage der Länder und Gemeinden behauptet der Reparationsagent keine näheren Angaben zu haben, doch ließen ihre Forderungen auf zusätzliche Bewilligung durch das Reich und ihre häufigen Kreditaufnahmen im In- und Ausland erkennen, daß sie, als Ganzes genommen,

über ihre Mittel leben.

Die Zahlenangaben für die In- und Auslandsanleihen der Länder und der Kommunen, die insgesamt ungefähr 2600 Millionen betragen, ließen noch ihre kurzfristige oder schwebende Schuld gänzlich außer Betracht. Die Verschuldung sei also überaus groß. Die übermäßige Kreditaufnahme im In- und Ausland entstamme der nämlichen Quelle, das heißt, steigenden öffentlichen Ausgaben, und nur durch Beschneidung der Ausgaben auf ein Mindestmaß sei Abhilfe zu finden. Die Denkschrift verbreitet sich weiter über das Verhältnis des Reiches zu den Ländern. Die Ankündigung der Reichsregierung vom 7. Oktober 1927 sei außerordentlich zu begrüßen, weil sie auf die gesunde Grundlage finanzieller Reformen hinweise, daß jede nicht dringliche oder unwirtschaftliche Ausgabe in Deutschland, sei es aus Auslandsanleihen oder aus anderen Quellen, unbedingt zu vermeiden sei.

Kredit- und Währungspolitik.

Das Memorandum behandelt ausführlich die Finanzpolitik der Reichsbank und sagt, aus den Tatsachen ergebe sich mit genügender Klarheit, daß die Verwaltung der öffentlichen Mittel und der öffentlichen Banken dahin geführt habe, die Autorität der Reichsbank zu verringern und ihr Hilfsmittel zu entziehen, deren sie im allgemeinen Interesse der Stabilität der deutschen Währung und Valuta benötigte. Die Verhältnisse haben nicht weniger die Tendenz gehabt, das reguläre deutsche Banksystem seiner normalen Hilfsquellen zu berauben und große Mengen flüssiger Gelder in Kanäle abzulenken, die einer gesunden Kreditpolitik zuwidergehen. Die Kreditpolitik der Notenbanken und des öffentlichen Finanzwesens könne auf die Dauer nicht nach auseinanderstrebenden Richtlinien betrieben werden. Es sei notwendig, einen klar umrissenen und umfassenden Plan in Wirksamkeit treten zu lassen, der eine gehörig miteinander übereinstimmende Politik gewährleistet.

Zum Schluß sagt Parker Gilbert, es liege auf der Hand, daß eine Wirtschaftskrise die niederdrückendsten Folgen für das deutsche Volk haben, und daß sie einen ernsthaften Rückschlag in der Arbeit des Wiederaufbaus des deutschen Wirtschaftslebens bedeuten würde. Auch vom Standpunkt des Dawes-Plans aus sei es für Deutschlands Gläubiger nur natürlich, die Empfindung zu haben, daß die im letzten Jahr befolgte Finanzpolitik nicht im Interesse von Deutschlands Reparationsverpflichtungen gewesen sei. Die Lage sei heute noch nicht kritisch, aber er habe sich verpflichtet gefühlt, die Aufmerksamkeit der Reichsregierung auf alle angeführten Punkte zu lenken.

*

Die deutsche Antwort.

Mündlicher Gedankenaustausch.

Der Reichsminister der Finanzen hat dem Generalagenten die Reparationszahlungen mit dem Datum vom 5. November und die Erwiderung der Reichsregierung auf seine Denkschrift angekündigt und diese Erwiderung ist am 20. Oktober überreicht worden. Auch die Antwort der Reichsregierung behandelt die Angelegenheiten und die aufgeworfenen Fragen in erster Linie vom wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkt aus. Sie sagt aber, daß diese Betrachtungsweise nicht ganz vollständig sein könne. In vielen Punkten stimme die Reichsregierung Parker Gilbert zu, während in anderen zum Ausdruck gebracht werden müsse, daß sie die gegenwärtigen Tendenzen anders als er oder nicht ganz so bedenklich ansehe.

Es sei beabsichtigt, auf Grundlage des gegenseitigen Schriftwechsels die mündlichen Besprechungen zwischen Reichsregierung und Reparationsagenten zu einem ersprießlichen Ergebnis zu führen. Und der Reichsfinanzminister hat die Hoffnung, daß der weitere Austausch der Meinungen zu einem günstigen Ergebnis führen werde.

Entwicklung der Wirtschaft.

Nach den Darlegungen des wirtschaftlichen Teils betrachtet es die Reichsregierung mit dem Generalagenten als das Ziel ihrer Wirtschaftspolitik, alle produktiven Kräfte zu entwickeln. Die Besserung der Wirtschaftslage, die seit der Stabilisierung erzielt ist, beweist, daß die der Wirtschaft aus Inland und Ausland zugeflossenen Gelder eine rationelle Verwendung gefunden haben. Die Höhe der Auslandsverschuldungen gibt gegenüber den verpfändeten Werten und im Hinblick auf die Produktivität der dafür geschaffenen Anlagen keinen Anlaß zur Beunruhigung. Den Auslandskrediten und -anleihen folgten natürlich in entsprechendem Umfange Importe von Auslandswaren, zumal da Deutschland für seinen Rohstoff- und Nahrungsmittelbedarf in weitem Maße auf ausländische Erzeugnisse angewiesen ist. Im Monatsdurchschnitt ist seit Juli d. J. die Mehreinfuhr von Rohstoffen und Halbwaren um 16 Prozent zurückgegangen, in der gleichen Zeit eine Erhöhung der Mehrausfuhr an Fertigwaren um rund 24 Prozent eingetreten. Die Ausfuhr hat Deutschland seit der Stabilisierung ständig steigern können.

Mag auch die Entwicklung an einzelnen Stellen überschnell gewesen sein, so ist eine Krisis doch nicht zu befürchten, und eine zu starke Ausdehnung wäre jedenfalls nur zum geringsten Teil auf Maßnahmen der öffentlichen Hand zurückzuführen. Inlandsanleihen und Steuern können keine zusätzliche Kaufkraft schaffen, weil sie lediglich Einkommen im Inland umschichten.

Andererseits haben die Auslandsanleihen, gemessen an den Gesamtwerten der deutschen Wirtschaft, ihr keinen ungesunden Antrieb geben können. Für die Exportförderung hängt viel ab von der Erleichterung und Neuordnung des internationalen Handels, an der mitzuwirken, die Reichsregierung jederzeit bereit gewesen ist. Noch mehr hängt ab von der Öffnung der Märkte der Gläubigerländer für deutsche Ware. Die deutsche Regierung blickt mit ernster Besorgnis auf die Entwicklung in einem Teile der Absatzländer, da nur der Abbau der bestehenden Schranken Deutschland den für seine Leistungen notwendigen Exportüberschuß sichern kann.

Die Finanzen des Reiches.

Die Reichsregierung stellt den Gedanken voran, daß die Rückkehr zur normalen öffentlichen Finanzgebarung Klarheit über die sich für die öffentlichen Körperschaften ergebenden Lasten voraussetzt.

Die Lösung der Aufwertungsfragen gehört ebenso hierher wie die Fragen der Entschädigung der Liquidations- und Gewaltgeschädigten und der Besoldungsreform.

Wegen der Entwicklung der Finanzen seit 1924 wird zunächst allgemein auf die Rede des Reichsministers der Finanzen vom 26. Oktober 1927 im Haushaltsausschuß verwiesen. Die Aufzeichnung gibt einige Zahlen, um die eigentlichen Tendenzen der Entwicklung klarzustellen.

Die gesamten Kriegslasten Deutschlands, d. h. die Reparationsleistungen einschließlich sämtlicher innerer Verpflichtungen, die das Reich als direkte Kriegsfolgen übernehmen mußte, erfordern im Jahre 1927 über 3,5 Milliarden Mark, d. h. nahezu zwei Drittel der gesamten ordentlichen Ausgaben und mehr als die Hälfte der gesamten ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben des Reiches. Im ordentlichen Haushalt erfordern allein die gekennzeichneten Kriegslasten, soweit sie den Haushalt belasten, im Jahre 1927 rund 2,6 Milliarden, also annähernd die Hälfte der gesamten ordentlichen Ausgaben des Reiches, die sich ohne die Überweisungen an die Länder auf rund 5,8 Milliarden Mark belaufen.

Die Bedeutung dieser Lasten wird klar, wenn man bedenkt, daß die Kosten der gesamten Reichsverwaltung des Jahres 1913 sich auf nur 2,7 Milliarden Mark beliefen. Diese Zahlen sprechen für sich. Ihnen läßt sich keinesfalls entnehmen, daß die Haushaltsführung ohne Rücksicht auf die Reparationsverpflichtungen stattgefunden hat. Der Haushalt des Jahres 1928, der allein 400 Millionen Mehrleistung für Reparationen tragen muß, wird nach Gesichtspunkten

strengster Sparsamkeit

aufgestellt. Die Reichsregierung sieht es im gegenwärtigen Augenblick als eine entscheidende Pflicht an, fortschreitenden Ausgabeerhöhungen auch im ordentlichen Haushalt wirksam entgegenzutreten.

Was den außerordentlichen Haushalt betrifft, so ist es die Absicht der Reichsregierung, eine Vermehrung des Anleihebedarfs nach Möglichkeit zu verhindern. Die aus der Vergangenheit übernommenen Ausgaben des außerordentlichen Haushalts sind bereits eingeschränkt und werden weiter eingeschränkt. Der Rest wird für die Zukunft planmäßig und langsam abgewickelt. Im Haushalt 1928 werden die Ausgaben aufs äußerste gedrosselt.

Die Länder und Gemeinden.

In bezug auf die Länder und die Gemeinden steht die Reichsregierung mit dem Generalagenten auf dem Standpunkt, daß die Aufnahme von inneren und äußeren Anleihen zu Verwaltungszwecken sich für sie durchaus verbietet; tatsächlich sind auch die bisher aufgenommenen Anleihen der öffentlichen Körperschaften nur für produktive Zwecke besonderer Art aufgenommen worden, die nach der geschichtlichen Entwicklung in Deutschland den Gemeinden neben den Verwaltungszwecken obliegen. Dies gilt namentlich für die Versorgung der Bevölkerung mit Gas, Wasser, elektrischem Licht und Verkehrsmitteln, Aufgaben, die in Ländern mit reicherer Privatwirtschaft seit jeher von dieser erfüllt werden.

Infolgedessen rechtfertigen die vielfach in der Öffentlichkeit erörterten Anleihezahlen den aus ihnen gezogenen Schluß auf einen übermäßigen Verwaltungsaufwand nicht. Eine Nachprüfung der in dem Memorandum aufgeführten 1600 Millionen Mark ausländischer Verschuldungen ergibt dies ganz klar: Danach sind also die 1,6 Milliarden insgesamt nicht für die Verwaltung aufgewandt, sondern produktiven Wirtschaftszwecken zugeführt worden. Selbstverständlich haben die Gemeinden bei diesen produktiven Ausgaben und den Anleihewünschen für sich auch auf die Gesamtsituation im Deutschen Reich die gebührende Rücksicht zu nehmen.

Was den Finanzausgleich anbelangt, so ist die Unmöglichkeit, einen endgültigen Finanzausgleich auf der Grundlage einer noch nicht rationalisierten Volkswirtschaft von schwer abschätzbarer Leistungsfähigkeit aufzubauen, schon oft dargelegt worden. Das Reich hat bei der Neuschöpfung der Verfassung dafür Sorge getragen, daß seine finanziellen Befugnisse mit Rücksicht auf seine Lasten gestärkt werden. Es hat seit 1919

war, an die der Prokurist Filling nicht konnte. Die Hohnsel selbst würde das Testament nie an einen solchen Ort gebracht haben, da dieser ja doch einer Kritik stark ausgesetzt gewesen wäre.

Gerade an unauffälligen Orten liegen wichtige Papiere am besten. Deshalb wohl legte Rudolf Berghaus das Testament in die Schublade.

Ein Komplott der Angehörigen der Hohnsel käme nicht in Frage. Ein Giftmordkomplott sei etwas Sinnwidriges, der Giftmörder brauche keinen Komplizen. Im übrigen lägen über die Familie Hohnsel sehr gute Leumundszeugnisse vor. Daß die Angeklagte in der Sterbenacht bei ihren Eltern gewesen sei und dort ein Giftfläschchen beiseite gebracht habe,

sei doch höchst unwahrscheinlich,

denn sie brauche doch wirklich nicht bis Brügge zu laufen, wenn sie das Giftfläschchen beiseite bringen wollte. Sie hätte es doch einfach in die Volme werfen können. Zeugenaussagen gegen die Angeklagte auch in dieser Beziehung seien mehr Stimmungsmache.

Erbschleicherei käme nicht in Frage.

Gerade die Aussage des Rechtsanwalts Schmalenbach spräche zugunsten der Angeklagten. Berghaus habe das zweite Testament doch von Schmalenbach nur abgeholt, weil die Angeklagte mehr haben sollte.

Berghaus selbst hat dann dieses zweite Testament vernichtet. Es kann also bei der Angeklagten auch von einem Meineid keine Rede sein.

Die Testamentsgeschichte klärt sich somit ganz zwanglos. Das Plädoyer des Staatsanwalts sei nicht überzeugend. **Wo kein Motiv ist, da darf man auch nicht verurteilen, und es sei kein plausibles Motiv vorhanden. Im übrigen, wenn ein Mädchen schwanger sei und ein Kind erwarte, dann werde es doch nicht denjenigen, der es heiraten wolle, umbringen, sondern wolle vielmehr durch seine Heirat seine Mädchenehre retten.**

Jeder Mensch habe Schattenseiten, und ein Staatsanwalt sehe nur die Schattenseiten. **Die Angeklagte war immer ein anständiger Mensch.** Erst das von Otto Berghaus verursachte Gerede habe sie zu einem „schlechten Menschen gemacht. Daß die Angeklagte ein ruhiges Aeußere zeige, hänge damit zusammen, daß 7 Monate Haft schließlich mürbe machten, und auch der große Schmerz der Angeklagten habe sie schließlich apatisch gemacht. Die Ruhe der Angeklagten sei ledigleich auf das Gefühl völliger Schuldlosigkeit zurückzuführen. Sie könne sich eben gar nicht vorstellen, daß sie verurteilt würde. Für ihre Unschuld sprächen auch noch viele andere Tatsachen.

Der Fall Hohnsel sei ein ausgesprochener Indizien-Baukasten.

Man könne aus ihm verschiedene Indizienbeweise konstruieren, z. B. den des Selbstmordes.

Die Verteidigung glaube fest an einer solchen Selbstmord, denn verschiedene Aeußerungen des Rud. Berghaus haben stark darauf hingedeutet. Außerdem hätte Berghaus damit rechnen müssen, daß er bald als unehelicher Vater dagestanden hätte. Er fürchtete diese Schande, zumal auch deshalb, weil die Leute dann in bezug auf den geheimnisvollen Tod seiner Frau Schlüsse gezogen hätten.

Eine andere Möglichkeit einer Indizienanklage sei z. B. folgende: Otto Berghaus habe die Hohnsel stets mit Mißfallen gesehen und es habe ihm nicht gepaßt, daß die Hohnsel immer vertrauter mit dem Rud. Bergh. wurde. Auch die Frau des Otto Berghaus habe Gift im Besitz gehabt. Außerdem seien des öfteren Eßwaren von Otto Berghaus zu Rudolf Berghaus geschickt worden. Auch daraus könne man ja evtl. auf Indizien hin ein Mordmotiv konstruieren. Zum Schluß sagt der Verteidiger, daß eine Schuld der Angeklagten überhaupt nicht erwiesen sei, und daß man auch heute nur die beiden Haupttatsachen habe, genau wie vor Beginn der Verhandlung, eben den Tod des Rud. Berghaus und die Universalerbschaft der Hohnsel.

Am Schluß seiner 1¾ stündigen Rede mahnt der Verteidiger die Geschworenen an ihre Verantwortung und macht sie darauf aufmerksam, daß eine Verurteilung nur auf Grund eines festen Beweises erfolgen könne, wenn es sich um ein Todesurteil handelt.

Haben Sie aber den geringsten Zweifel an der Schuld der Angeklagten, so schloß der Verteidiger nach der Erzählung der bekannten „Geschichte des Bäckergesellen" seine Ausführungen,

dann müssen Sie die Angeklagte freisprechen.

Nach weiteren Erklärungen des Staatsanwalt und des Verteidigers, die Angeklagte verzichtet, ziehen die Geschworenen sich gegen 5,40 Uhr zur Beratung zurück. Die Angeklagte hat bisher aufmerksam und ruhig den Gang der Dinge verfolgt. Auch beim Antrag des Staatsanwalts merkte sie keine merkliche Erregung.

Fortsetzung folgt.

*

Urteil:

Nach zweistündiger Beratung mit den Geschworenen verkündete der Vorsitzende unter eingehender Begründung das Urteil. Es lautete: Das Gericht hat die Angeklagte nicht für unschuldig angesehen und sie nur freigesprochen Mangels Beweis.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 7. November 1927.

—* **Straßensperrung.** Die Sperrung der Kreisstraße Bösperde—Fröndenberg wird ab Dienstag, den 1. November 1927 vormittags 6 Uhr aufgehoben.

Für eine unmittelbare Autostraße Lüdenscheid—Köln.

Die Eisenbahnverbindung Lüdenscheid — Köln ist schlecht. Man muß von Lüdenscheid erst etwa 30 Kilometer nördlich nach Hagen fahren, und von Vohwinkel an wiederum 40 Kilometer südlich nach Köln. Eine gute Straßenverbindung Lüdenscheid—Köln ist daher sehr wichtig; sie hat in den letzten Jahren infolge des stets steigenden Automobilverkehrs an Bedeutung wesentlich zugenommen. Eine Großkraftwagenlinie Lüdenscheid—Köln verkehrt bereits seit zwei Jahren.

Im allgemeinen ist die in fast gerader Linie durchgehende Straßenverbindung Köln—B.-Gladbach—Wipperfürth—Halver—Lüdenscheid auch als gut zu bezeichnen. Fast die ganze Strecke ist Provinzialstraße. Es fehlt nur der Teil Wipperfürth—Halver. Aber auch Wipperfürth—Anschlag bis ungefähr 2 Kilometer vor Halver wird in diesem Winter noch zur Provinzialstraße ausgebaut und von der Provinzialstraßenbauverwaltung der Rheinlande gemäß Provinziallandtagsbeschluß übernommen. Die Arbeiten sind im Gange und dürften im Frühjahr nächsten Jahres beendet sein. Dann bleibt nur noch die kleine Strecke (2 Kilometer) von Anschlag nach Halver. Diese kommunale Straße des Amtes Halver eignet sich nicht für den Automobilverkehr, weil sie zu ungünstig ist in den Steigungsverhältnissen und teilweise auch in der Führung. Der Autoverkehr macht daher heute einen Umweg von 2 Kilometer. Das bedeutet eine ganz unverhältnismäßige Entwertung der Straßenverbindung Köln—Lüdenscheid, da der betr. Gemeindeweg weder in der Breite noch im Unterbau, noch in der Finanzkraft seines Trägers dem Autodurchgangsverkehr gewachsen ist. Angesichts dieser ausgesprochenen Verkrüppelung der Verbindung Lüdenscheid-Köln braucht fast der Gedanke nicht mehr ausgesprochen zu werden, die Provinz Westfalen möchte doch das fehlende Stück Anschlag—Halver alsbald provinzialstraßenmäßig ausbauen.

\+ **Schalksmühle,** 7, Nov. In Harrenscheid wird demnächst eine gemeindliche öffenliche Fernsprechstelle eingerichtet werden. Die Anstalt nimmt auch Telegraphen- und Unfallmeldedienst wahr.

& **Halver,** 7. Nov. Gestern beging die Kirche ihr diesjährige Reformationsfest. Aeußerlich gekennzeichnet wurde es durch die neue Kirchenfahne, die ein violettes Kreuz auf weißem Grunde trägt, und zum erstenmale vom Kirchtum herunterwehte. Als Hauptlied im Festgottetdienst erklang kraftvoll das alte Lutherlied: „Ein feste Burg ist unser Gott", abwechselnd vom Kirchenchor und Gemeinde gesungen. Pfarrer Lindemann hielt die Predigt über den Text Römer 3, 28: „So halten wir es nun, daß der Mensch gerecht werde ohne des Gesetzes Werke, allein durch den Glauben." Nach der Predigt sang der Kirchenchor Gustav Adolfs Festlied: Verzage nicht du Häuflein klein. Nach Beendigung des Gottesdienstes wurde von 12¼ bis 12½ Uhr vom Kirchturme mit allen 3 Glocken Festgeläute angestimmt. Die Sammlung beim Ausgang des Gottesdienstes war für den Gustav Adolf-Verein bestimmt.

☐ **Halver,** 7. Nov. Der Stahlhelm, B. d. F. Ortsgruppe Halver hatte Samstag seinen Pflichtabend im Haus zur Fuhr. Nachdem Herr Generaloberarzt Köhler die Verpflichtung von 8 Kameraden vorgenommen und über Stahlhelmbewegungen Mitteilungen gemacht hatte, hielt Jungstahlhelmer Hermann Funke aus Hulvershorn einen ausgezeichneten Vortrag über Deutsche Jugend in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Für den Vortrag sagte ihm der Führer Dank und Anerkennung. — Am Totensonntag geschieht das Gedenken der gefallenen Kameraden durch Kirchgang und Kranzniederlegung Die Mitglieder versammlen sich an dem kirchlichen Trauertag vormittags 9½ Uhr vor der Wohnung d Führers.

Bochum, 7. Nov. Das Spiel mit Streichhölzern Das leichtsinnige Spielen der Kinder mit Feuer hat hier zu einem folgenschweren Brand geführt. Durch dieses Spielen entstand auf einem Nachbargrundstück der Schreinerei Heise ein Brand, der sich schnell auch auf die Maschinenräume der Schreinerei ausdehnte und an den dort aufgestellten Maschinen schwere Schäden anrichtete. Die Feuerwehr hatte längere Zeit zu tun, um den Brandherd einzudämmen. Zum Glück konnten die verhältnismäßig großen Vorräte der Schreinerei an Holz vor den Flammen in Sicherheit gebracht werden. Der entstandene Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Eingesandt.

Die Elternzeitschrift „Unser Kind."

In der Nr. 43 des evgl. Gemeindeboten aus dem Kirchenkreise Lüdenscheid wird die Mitteilung gemacht, daß der Herr Kultusminister ein allgemeines Verbot gegen den Vertrieb von Zeitschriften usw. durch die Schulen erlassen hat, daß demzufolge nun auch die Elternzeitschrift „Unser Kind" nicht mehr den Schülern mitgegeben werden werden darf. Diese Mitteilung entspricht jedoch nicht den Tatsachen. Das erwähnte Verbot bezieht sich vielmehr **nur auf Schriften politischen und schulpolitischen Inhaltes.** Da sich aber die genannte Elternzeitschrift von jeder politischen und schulpolitischen Beeinflussung der Eltern fernhält, fällt sie nicht unter das Verbot und kann daher, wie bisher, weiter verteilt werden.

Lehrer-Verein Halver-Schalksmühle.

135 Frauen und Kinder getötet.

Beim Einsturz eines Kinotheaters.

In Schanghai stürzte ein Saal in einem Lichtspieltheater ein. 135 Frauen und Kinder verunglückten tödlich. 200 wurden schwer verletzt. Das Unglück ereignete sich während einer Versammlung chinesischer Textilarbeiterinnen, die anläßlich der Gründung einer neuen Arbeitergewerkschaft stattfand.

Die Versammlung der Textilarbeiterinnen fand im dritten Stockwerk des Hauses statt. Infolge des Durchbruchs dieses Stockwerkes wurde das zweite Stockwerk durchschlagen. Die Menschen wurden unter den Trümmern begraben. Chinesische Truppen halfen der Polizei, die Toten und Verwundeten zu bergen. Unter den Toten befindet sich auch als einziger Mann der Arbeiterführer Yenshin.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. West.

Erhalte in den nächsten Tagen einen Waggon allerfeinster süddeutscher
Tafeläpfel
wie Elur-Aepfel, Kasseler-Reinette, Schöner v. Boskop, Baumanns-Reinette u. a.
a. Centner
14-, 16- u. 18 Mk.
Wilh. Hesmert,
Kierspe-Bhf.

Erhalte in den nächsten Tagen eine Waggonladung
gelbe Futtermöhren
bestes Pferde- u. Schweinebeifutter
Bestellungen nehme entgegen
Futterrunkeln u. Thomasmehl
zum neuen, verbilligten Preise treffen laufend ein.
C. Zimmermann,
Ohl-Rönsahl
Tel. 11, Amt Rönsahl.

Gut erhaltener
Eisenzaun
21 lfd. Meter mit Doppeltor
billig abzugeben.
Ernst Conze,
Lüdenscheid i. W.
Königstr. 22.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange unseres lieben Entschlafenen
Karl Winkler
sagen wir allen in sonderheit den Arbeitern der Firma Gust. Schürfeld unseren herzlichsten Dank.
Die Hinterbliebenen.

Landmesser- und Ingenieurbüro Steffen.

Ausführung aller katasteramtlicher Messungen,
Projekte für Neu- und Umbau von Wasserkraftanlagen, Eisenbahn und Wegebau.
Heesfeld Post Carthausen
Steffen
Staatlich vereideter Landmesser.

Waschmaschinen M. 50.00
mit Kugellager
Wringmaschinen M. 16.80
5 Jahre Garantie u. höher
Lose Walzen in allen Größen
Betonwaschöfen mit Kupferkessel billigst.
E. Bickenbach, Lüdenscheid
Knapperstr. 8a
Telefon 4574,

Wer gutes Neues lesen möchte
frage nach dem
gelben Ullsteinbuch
Es bietet unter Verzicht auf verteuernden starken Einband die besten Romane moderner Autoren in hübschem, leichten Deckel zu ungewöhnlich niedrigem Preis. In seiner 3 Mark-Reihe erschienen zuletzt:
CHARLOTT ETWAS VERRÜCKT
Ein amüsanter mondäner Roman von Wilhelm Speyer
DAS ERWACHEN DES DONALD WESTHOF
Die Geschichte eines jungen Idealisten von Felix Hollaender
ZU HABEN BEI
Wilh. Bell jr., Halver i. W.

Dixin
Das dankbare Seifenpulver
Grösste Ergiebigkeit und hervorragende Waschwirkung! Dixin ist für jedes Waschverfahren geeignet. Besonders vorteilhaft auch für die Maschinenwäsche!
Und zum Bleichen-Sil!

Empfehle und halte auf Lager vorrätig:
Palmkuchen
Rapskuchen
Rapskuchenmehl
Erdnußmehl 50/54 %
" 54/58 %
Palmkernschrot
Sojaschrot
Leinmehl
Baumwollsaatmehl
Weizenbollmehl
Weizennachmehl
Weizenkleie
Zuckerschnitzel
Biertreber
Otto Ohler,
Ohl-Rönsahl,
Tel. 28 Amt Rönsahl

Mamorkamine
Kohlenherde
Waschmaschinen
ab Lager sofort lieferbar,
Gustav Dehn, Halver
Kronprinzenstr. 26.
Auf Wunsch Teilzahlung.

Teppiche—Läufer ohne Anz. in 10 Monatsraten lief. Agay & Glück Frankfurt a. M Gutleutstraße 75. Schreiben Sie sofort!

la Eiderfettkäse 20%
9 Pfd. Mk. 6.30 franko
Dampfkäsefabrik
Rendsburg